



MACH' MEINEN
KUMPEL
NICHT AN!

**AKTIV
FÜR CHANCEN-
GLEICHHEIT**

FEBRUAR 2019

Rechtspopulismus und Sozialpolitik

Austauschworkshop mit DGB Niederbayern am 23. März

In Kooperation mit dem DGB Niederbayern veranstalten wir am 23. März in Landshut einen Workshop für (junge) Aktive in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Antirassismuarbeit. Hintergrund: Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien sind in ganz Europa auf dem Vormarsch. Insbesondere Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Erwerbslose scheinen sich von ihnen angesprochen zu fühlen und sind zunehmend eine Zielgruppe der Rechten geworden. Wir möchten die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Positionen der Rechtspopulisten und Rechtsextremisten beleuchten, um aufzudecken, dass sie keine echte Alternative zu den etablierten Parteien für Arbeitnehmerinnen und -nehmer sowie Erwerbslose darstellen. Rückblickend auf die vergangene Landtagswahl in Bayern analysieren wir die rechtsextremen und rechtspopulistischen Einflüsse bei den im Wahlkampf besetzten Themen. Auch Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wählen zu einem überdurchschnittlich hohen Anteil rechtspopulistische Parteien und tragen zunehmend rechte Ansichten in die Betriebe und gewerkschaftlichen Gremien. So wurden zu den Betriebsratswahlen erstmalig rechte Wahlvorschlagslisten eingereicht. Auch wenn diese im vergangenen Jahr keinen großen Erfolg hatten, ist die Bedrohung von Rechts nicht gebannt. Wir laden Euch ein, mit uns zu diskutieren und mögliche Lösungswege zu finden.

Anmeldung bis zum 08.03.2019 unter info@gelbehand.de

Gewerkschaftlicher Umgang mit Angriffen von Rechts

Netzwerktreffen der Respekt!-Initiative der IG Metall und der Gelben Hand in Frankfurt

„Es besteht ein Bedarf, Erfahrungen auszutauschen – gemeinsam mit der Gelben Hand und gewerkschaftsübergreifend“, konstatierte in ihrer Eröffnung Irene Schulz, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Das zeige auch der große Zulauf zur Veranstaltung. Denn am ersten Februarwochenende kamen in Frankfurt über 100 aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus allen DGB-Gewerkschaften und aus ganz Deutschland zu der gemeinsamen Tagung der IG Metall-Initiative „Respekt!“ und der Gelben Hand zusammen, um gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten gegen den zunehmenden Rechtsruck zu diskutieren. Die gesellschaftliche und politische Situation hat sich zugespitzt. Im 70. Jahr des Grundgesetzes sitzt eine Partei im Bundestag, deren Vorsitzender die NS-Zeit als „Vogelschiss“ bezeichnete. Für Irene Schulz ein untragbarer Zustand: „Rechten Strategien, die unsere demokratischen Werte angreifen, die Verteilungskämpfe zwischen innen und außen schüren, denen zeigen wir immer die rote Karte! Mach meinen Kumpel nicht an, kein Platz für Rassismus – das ist unsere Devise!“ Grenzüberschreitungen und eine Verrohung der Sprache stelle man vor allem in den sozialen Medien fest, ein Bereich, in dem sich die Initiative „Respekt!“ der IG Metall in Zukunft noch stärker einbringen werde. Aber auch die Angriffe auf die Arbeitswelt und den Betrieb nähmen zu. Dass rechte Betriebsratslisten in der Automobilindustrie nur mäßig erfolgreich gewesen seien, sei kein Grund sich zurückzulehnen, man müsse tagtäglich auch im Betrieb für Respekt und Zusammenhalt eintreten, unterstrich Schulz: „Solidarität ist der Kitt dieser Gesellschaft. Dafür stehen wir Gewerkschaften. Hetzer und Rassisten haben in unseren Betrieben nichts verloren!“

Im Anschluss referierte die taz-Journalistin und AfD-Expertin Marlene Gürgen zu den Netzwerken der Neuen Rechten, deren Ziel nichts anderes als eine „Kulturrevolution von rechts“ sei. Den Gewerkschaften, so Gürgen, käme im Kampf gegen Rechts durch ihre gesellschaftliche „Scharnierfunktion“ eine Schlüsselrolle zu. Am zweiten Tagungstag schilderten in einer Podiumsdiskussion Gewerkschaftssekretäre ihre Erfahrungen mit rechten Aktivitäten in der Arbeitswelt und Angriffen auf die gewerkschaftliche Arbeit. So erzählte Antonio Potenza von der IG Metall Stuttgart, ehemaliger Betriebsrat im Daimler-Benz-Werk in Untertürkheim, wie die IG Metall-Kollegen im Betrieb mit den rechten Betriebsräten von „Zentrum Automobil“ umgehen, die allein auf eine „Kümmerer-Strategie“ setzen und der IG Metall „Co-Management“ vorwerfen. „Wir sind in die Offensive und haben die rechten Kollegen entlarvt“, erklärte Potenza die erfolgreiche Strategie. Elina Stock vom GEW-Hauptvorstand berichtete, wie sie sich als GEW offensiv mit einer



Giovanni Pollice, Vorsitzender der Gelben Hand (l.), und Irene Schulz, geschäftsf. Vorstandsmitglied der IG Metall (r.).
(Foto: IG Metall)

Informationskampagne gegen die Denunziationsportale der AfD für missliebige Lehrer zu Wehr gesetzt haben, während Henning Brust, Gewerkschaftssekretär von ver.di Rhein-Wupper, vor der Vereinnahmung der Braunkohle-Thematik im rheinischen Revier von Seiten der AfD warnte und dafür plädierte, bei Demos klare Kante gegen die AfD-Vertreter zu zeigen. Ähnliche Erfahrungen der versuchten Vereinnahmung von Gewerkschaftsdemos durch die AfD schilderte Jan Otto, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Ostachsen, was jedoch ebenfalls durch breite Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen, auch durch den IG Metall-Vorstand, abgewehrt werden konnte. Auch im Hinblick auf die Landtagswahlen in Sachsen gelte es, die starke Bindewirkung der IG Metall zu nutzen, um für Solidarität einzustehen, bekräftigte Otto. Darüber hinaus berichteten Sascha Schmidt, DGB Region Frankfurt-Rhein-Main, und Rainer Koch, Abteilung Diversity und Antidiskriminierung der IG BCE, ihre Erfahrungen im gewerkschaftlichen und betrieblichen Umgang mit rechten Tendenzen.

In vier Foren hatten anschließend die Teilnehmerinnen und Teilnehmer selbst Gelegenheit, Ideen zu verschiedenen Handlungsfeldern zu erarbeiten – von Social-Media-Kampagnen der Respekt!-Initiative über die betriebliche Jugendbildungsarbeit mit der Gelben Hand bis zu konkreten Aktionsworkshops gegen Rechts konnten die Teilnehmenden ihre Erfahrungen einbringen.

In seinem Schlusswort betonte der Vorsitzende der Gelben Hand, Giovanni Pollice, dass alle Demokraten in der momentanen, krisenhaften Situation durch die Bedrohung von Rechts, „ein gerades Kreuz“ bräuchten: „Wir schauen nicht weg, wir mischen uns ein aus der tiefen inneren Überzeugung: Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Solidarität und Gerechtigkeit seien die handlungsleitenden Werte, die es deutlich zu machen gelte, doch es bedürfe auch des Hintergrundwissens und der Erarbeitung gemeinsamer Strategien, wie auf der Tagung geschehen. Mit Blick auf die Europawahl im Mai forderte Pollice: „Geht wählen! Wir müssen den Populisten und Rassisten Einhalt gebieten. Gemeinsam schaffen wir das!“



Klare Kante statt Kuschelkurs

Interview mit dem Rechtsextremismus-Experten Alexander Häusler (HS Düsseldorf)



Der Verfassungsschutz erklärte Mitte Januar die AfD zum Prüffall. In einem 450-seitigen Gutachten wurden Anhaltspunkte zusammengetragen, die zeigen, dass die AfD eine Politik gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung betreibt. In einem exklusiven Interview mit dem Rechtsextremismus-Experten der Hochschule Düsseldorf, Alexander Häusler, gehen wir der Frage nach: Wie verfassungsfeindlich ist die AfD?

Herr Häusler, Sie haben im Auftrag des DGB die Arbeit der AfD im Bundestag genauestens analysiert und vor kurzem ein Dossier publiziert. Der Verfassungsschutz gibt als Grund für eine mögliche Beobachtung an, die Partei habe sich „von einer wirtschaftsliberalen, EU-kritischen Partei, zu einer national orientierten, islam- und zuwanderungskritischen Partei entwickelt“. Sehen Sie das auch so? Wie extremistisch ist die AfD mittlerweile?

Ich teile die Einschätzung hinsichtlich der rechten Radikalisierung der AfD. Ihr erster Führungswechsel ist maßgeblich von der innerparteilichen Rechtaußenformation „Der Flügel“ betrieben worden und diese Formation hat in zunehmendem Maß das inhaltliche Gesamtprofil der Partei bestimmt. Die AfD vertritt einen völkisch-autoritären Populismus, der eindeutig diskriminierende Formen gegenüber Minderheiten aufweist. Was die AfD z. B. an ausgrenzenden Forderungen gegenüber Muslimen

und deren religiösen Rechte vertritt, ist meiner Ansicht nach eindeutig grundgesetzwidrig. Zudem kommt dort ein völkisches Verständnis von Gesellschaft zum Ausdruck, das im Widerspruch zu einem modernen und demokratischen Staatsbürgerschaftsverständnis steht.

Im Fokus stehen vor allem die Jugendorganisation Junge Alternative (JA) und die rechtsnationale Vereinigung „Der Flügel“ um den Thüringer AfD-Vorsitzenden Björn Höcke. Sie wurden sogar zu Verdachtsfällen erklärt. Ist eine Beobachtung sinnvoll und zielführend?

Aus Sicht der Rechtsextremismusforschung zeigt sich immer deutlicher, dass die Partei über persönliche Kontakte die Tür geöffnet hat zu rassistischen und rechtsextremen Bewegungen auf der Straße – konkret z. B. zu Pegida und der sog. Identitären Bewegung. Besonders über ihre Jugendorganisation und die Formation „Der Flügel“ hat sich die AfD zu einem parteipolitischen Bezugspunkt unterschiedlicher rechtsextremer Strömungen entwickelt. Einhergehend mit ihren Wahlerfolgen ändert sich auch die rechte Parteienlandschaft: Erfolgreiche Kleinparteien wie „Die Freiheit“ oder „pro Deutschland“ haben sich mittlerweile aufgelöst und zur Unterstützung der AfD aufgerufen. Die AfD ist zugleich eine neue Anlaufstelle für frühere Aktivisten aus anderen Rechtsaußenparteien geworden. Politisch stellt sie einerseits eine Verbindung her zwischen nationalkonservativ und extrem rechts eingestellten politischen Milieus, andererseits dient sie auch Politikverdrossenen unterschiedlicher Couleur als Blitzableiter.

Sie haben die parlamentarische Arbeit der AfD-Fraktion für den DGB beobachtet und

ausgewertet. Wie agiert die AfD im Bundestag? Was sind ihre Strategien?

Obwohl die AfD mittlerweile in allen Parlamenten vertreten ist, sind realpolitische Kompetenzen oder gar ein realpolitisches Profil hinsichtlich des Bemühens um Umsetzung von konkreten Maßnahmen zum Wohle der Bürgerschaft nicht zu erkennen. Hauptsächlich dreht die AfD an der rechtspopulistischen Eskalationsschraube: zuerst populistische Grenzüberschreitungen in Form von skandalträchtigem, diskriminierendem Verhalten, dann nach erfolgter Kritik Rückzug in die Opferrolle und durch permanentes Wiederholen des Ganzen die versuchte Verschiebung der Debattenkultur nach rechts – dieses politische Theater hat eine gewisse Normalisierung rechter Tabubrüche zur Folge und genau das ist auch das Ziel dieser Akteure, rechte Begriffe und Ansichten in den öffentlichen Diskurs einzuspeisen.

Wie kann aus Ihrer Sicht dem Rechtspopulismus politisch begegnet werden – gerade auch als Gewerkschaften, die sich stets für Solidarität und gegen Rassismus stark machen?

Nicht nur für die Gewerkschaften, sondern für alle links und fortschrittlich orientierten Milieus stellt der rechte Sozialpopulismus eine besondere Herausforderung dar: Denn dass es dieser Rechtaußenformation gelungen ist, ansprechbar für prekarierte Milieus sowie für Gewerkschaftsmitglieder und ehemalige Wählerinnen und Wähler linker Parteien zu sein, verweist auf eigene Fehler und Defizite. Daraus müssen Konsequenzen gezogen werden: Es muss mehr Aufklärung über das instrumentelle Verhalten rechter Populisten zur sozialen Frage betrieben werden – der Brexit ist dafür ein anschauliches Beispiel. Und statt Kuschelkurs mit Rechten zu betreiben, muss mehr klare Kante gezeigt werden: Rassisten und völkische Hetzer stehen in fundamentalem Gegensatz zu gewerkschaftlichen Grundsätzen.

Argumente und Aktionen gegen Rechts

Gelbe-Hand und junge NGG Nord: Gemeinsamer Workshop gegen Rassismus

Nicht zufällig wählten die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der jungen NGG Nord (Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten) das letzte Januarwochenende für ihr Seminar. Sonntag, der 27. Januar, war der 74. Gedenkjahrestag der Befreiung des NS-Konzentrationslagers Auschwitz. An diesem Wochenende veranstalteten die Jugendlichen der jungen NGG gemeinsam mit der Gelben Hand das Wochenendseminar „FCK Racism“, bei dem es um Strategien und Handlungsmöglichkeiten gegen Fremdenfeindlichkeit im Betrieb ging. Rassismus sei ein gesellschaftliches Problem, das auch vor dem Werkstor oder der Arbeitsstätte nicht Halt mache, erklärte der verantwortliche Gewerkschaftssekretär, Fabian Schmid. Deswegen gelte es, sich damit auch im betrieblichen Kontext auseinanderzusetzen: „Da die NGG, so wie alle Gewerkschaften, sich klar gegen jegliche Form von Diskriminierung positioniert, war es uns wichtig, unsere jungen Kolleginnen und Kollegen für dieses Thema zu sensibilisieren. Wir

wollten ihnen zudem verschiedene Möglichkeiten aufzeigen, wie sie rechten Parolen und rassistischem Verhalten im betrieblichen aber auch privaten Umfeld begegnen können.“ Zielgruppen waren junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Gewerkschaftsmitglieder aus dem Bezirk Nord der NGG, der die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern umfasst. Drei Tage beschäftigten sich neun junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gemeinsam mit der Referentin, unserer Geschäftsführerin, Dr. Klaudia Tietze in der ver.di-Bildungsstätte in Undeloh mit unterschiedlichen argumentativen und rhetorischen Techniken, rechte Sprüche abzuwehren, und entwickelten Projekte für ein gutes Betriebsklima. „Wir müssen junge Multiplikatorinnen und Multiplikatoren mit dem nötigen Wissen und Rüstzeug ausstatten, damit sie diese demokratische Werthaltung am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft vermitteln können“, betonte Tietze. Für



Fabian Schmid war es ebenso wichtig, mit dem Seminar ein klares Zeichen gegen jede Form von Diskriminierung zu setzen, da der Rechtsruck in Politik und Gesellschaft europaweit zu spüren sei. „Es darf nicht sein, dass eine offene und freie Gesellschaft von rechts bedroht wird und Ausgrenzung aufgrund von Herkunft, Aussehen oder sexueller Orientierung zunehmen oder sich in der Gesellschaft verfestigen.“ Neben der Bildungsarbeit gebe es auch eine weitere Möglichkeit, etwas gegen den Rechtsruck zu unternehmen, nämlich „bei der anstehenden Europawahl das Stimmrecht wahrzunehmen und sich klar gegen Rechts zu positionieren.“

Ronny hat's richtig gemacht!

Ver.di München unterstützt Kündigungsklage eines Leiharbeiters, der rassistische Äußerungen anprangerte

Ronny hat sich gegen rassistische Äußerungen im Betrieb gewehrt – und wurde prompt daraufhin gekündigt. Das ließ er sich nicht gefallen, und nun klagt er mit gewerkschaftlichem Rechtsschutz gegen die Kündigung. Er setzt damit ein Zeichen für uns Alle: MACH MEINEN KUMPEL NICHT AN! Lieber Ronny, die Gelbe Hand steht zu dir! Wir kämpfen gemeinsam.

Ronny ist – vielmehr war – Leiharbeiter bei BMW. Er arbeitete dort etwas mehr als zwei Wochen. Dann wurde er in der Probezeit gekündigt. Warum? Ronny hat sich gegen rassistische Hetze seines Vorarbeiters, wir nennen ihn hier A.B., zur Wehr gesetzt. Der hatte – bezogen auf andere Kollegen – immer wieder Sprüche wie „Bimbo!“, „Nigger!“, „diese Juden!“, „Behinderte!“ usw. von sich gegeben. Er tat es völlig ungeniert in der Ab-

teilung und unter Namensnennung der so titulierten Kollegen. Ronny, neu in der Abteilung, hörte sich das eine Weile an. Irgendwann war es ihm zu viel. Er sagte das zu A.B., der – auf die NSU-Morde angesprochen – die Äußerung tätigte: „Na und, ein paar Kanaken weniger!“ Ronny ließ A.B. wissen, dass er solche Töne nicht mehr hören wolle. Die Lawine kommt ins Rollen: A.B., dessen Job es ja war, Ronny in die Arbeit einzuweisen, enthält ihm notwendige Informationen zu seiner Arbeit vor; stattdessen geht er zum Meister und beschwert sich über Ronny. Weder der Meister, noch der inzwischen hinzugezogene Abteilungsleiter (beide BMW), noch die Verantwortlichen der Leiharbeitsfirma Brunel unterstützen ihn, im Gegenteil. Schlag auf Schlag wird er von einem Termin zum anderen zitiert; wie in einem Tribunal muss er sich sogar noch be-

schimpfen lassen und wird darauf verwiesen, er habe im Betrieb den Mund zu halten. Von einem Tag auf den anderen wird Ronny von BMW abgemeldet, und keine 24 Stunden später kündigt ihm die Leiharbeitsfirma. Jetzt ist er erwerbslos. So geschehen 70 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes. Ronny geht zu seiner Gewerkschaft, ver.di gibt ihm trotz Probezeit Rechtsschutz, beauftragt den DGB-Rechtsschutz mit der Klage gegen die Kündigung und nun wird der gesamte Vorgang öffentlich am 22. März vor dem Münchner Arbeitsgericht verhandelt.



Heimat ist da, wo ich mich wohlfühle

Text: Gustav Wilden

Vor 33 Jahren wurde der Verein „Mach' meinen Kumpel nicht an“ in Düsseldorf gegründet. Er zählt damit zu einer der ältesten antirassistischen Organisationen Deutschlands. Vom Start weg nahm Ural Ateser seine Tätigkeit als erster Geschäftsführer der Gelben Hand auf. Heute ist Ural Rentner und lebt in Krefeld und Istanbul. Gustav Wilden, Fördermitglied der Gelben Hand, besuchte Ural in seiner für ihn wiedergewonnenen Heimatstadt Istanbul.

Das alte Istanbul, in dem Ural vor 73 Jahren geboren wurde, hatte noch ein Restflair der einstigen multikulturellen Metropole. Türken, Griechen, Armenier, Kurden, Juden und wie all die Gruppen hießen hatten der Stadt am Bosphorus ihr besonderes Gepräge gegeben. Leider ist von diesem bunten Zusammenspiel der Kulturen nur wenig übriggeblieben. Nach seiner Rückkehr sucht Ural die verbliebenen Spuren der Geschichte seiner Stadt.

Aufmerksam verfolgt Ural das Geschehen in Deutschland – seiner zweiten oder vielleicht doch ersten Heimat, wie Gustav Wilden nachfragt. „Heimat ist dort, wo man sich wohlfühlt und wo man Wurzeln hinterlassen hat“, sagt Ural mit leicht versunkenem Blick und in Gedanken bei seinen beiden Töchtern in Istanbul und seinem Sohn in Krefeld. Heimat ist also nicht an eine Nation gebunden, aber an den Fleck Erde, den man sich erschlossen hat. „Die Rechten gefährden meine Heimaten in Krefeld und Istanbul“, spricht es aus ihm heraus, als die beiden alten Freunde am Bosphorus stehen. Die wachsende Ausgrenzung in seinen beiden Heimaten mache ihn wütend. Mit seiner Lebenserfahrung, seiner Entscheidung und Toleranz lässt er heute seiner lyrischen Ader freien Lauf – nachzulesen auf seiner Facebook Seite. „Dabei bleibt mein Geist jung“, versichert er beim Abschied an der Fähre vom Kadeköy.



Ural Ateser, erster Geschäftsführer der Gelben Hand, und Gustav Wilden, unser Fördermitglied.

4074 Tage – Tatorte der NSU-Morde

Ausstellung der IG Metall in Sprockhövel vom 28. Januar bis 23. Mai 2019

Im IG Metall-Bildungszentrum in Sprockhövel ist bis Mai 2019 die Foto-Ausstellung „4074 Tage – Tatorte der NSU-Morde“ zu sehen, die in Kooperation mit dem Ressort Migration und Teilhabe der IG Metall sowie der Initiative Respekt! realisiert wurde. Mit der Ausstellung „4074 Tage“ macht die Fotografin und IG Metall-Kollegin Gabriele Reckhard die zehn Tatorte sichtbar, an denen rechtsradikale Täter des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) zehn Menschen ermordet haben. Sie alle wurden an ihrem Arbeitsplatz hingerichtet. Mit ihrer Kamera hat Gabriele Reckhard genauer hingesehen – auf das, was für die Familien jahrelang die einzige Gewissheit war: die Orte, an denen ihre Angehörigen ermordet wurden. Die Eröffnung fand am 28. Januar vor rund 100 Kolleginnen und Kollegen mit einer Vernissage statt. Eingeladen als Gastredner war Dr. Mehmet Daimagüler, Anwalt zweier betroffener Familien und damit einer der Vertreter der Nebenklage beim Münchener NSU-Prozess. Wie wichtig Hinsehen und Handeln ist, machte die Gastrede von Mehmet Daimagüler deutlich. Pointiert berichtete der Anwalt über die Hintergründe, politische Untiefen und fatale Verstrickungen, die im Zuge von insgesamt 438 Prozesstagen beim sogenannten NSU-Prozess immer deutlicher wurden (ebenso nachzulesen in einem Interview mit der Gelben Hand unter: <https://www.gelbehand.de/meldung/artikel/tagebuch-einer-verpassten-chance/?L=0&chash=a75947d38ca44ff1b642caaffe4ba1c6j>)



In seiner Rede appellierte er an alle, sich aktiv für die Demokratie einzubringen: „Eines habe ich gelernt: Unsere demokratischen Werte und Regeln sind leider verdammt verletzlich – und abhängig von der Einsatzbereitschaft vieler einzelner Menschen zugleich!“ Für Petra Wlecklik, Leiterin des Ressorts Migration und Teilhabe beim Vorstand der IG Metall, leistet die Ausstellung einen wichtigen Beitrag: „Diese Ausstellung ist notwendig und geht uns alle an! Aufarbeitung, Gedanken und klare Positionen, auch zu den Vorfällen in der Polizeiwache Frankfurt (Stichwort NSU 2.0), gehören dazu. Wer Spannungen in der Einwanderungsgesellschaft verstehen will, sollte sich die Geschichten der betroffenen Menschen und Familien anhören und sie ins Herz lassen.“ In diesem Sinne will die Ausstellung „4074 Tage“ hinsehen, zuhören und im Bildungszentrum den interkulturellen Dialog zwischen Kolleginnen und Kollegen anregen: jenseits von Nationalismen, Hate-Speeches (nicht nur im Netz) oder bloßen Sonntagsreden. Mehr Infos zur Ausstellung und Bilder zur Eröffnung findet ihr unter: <https://www.igmetall-sprockhoevel.de/aktuelles/news-chronologisch/vernissage-4074-tage.html>

Für Petra Wlecklik, Leiterin des Ressorts Migration und Teilhabe beim Vorstand der IG Metall, leistet die Ausstellung einen wichtigen Beitrag: „Diese Ausstellung ist notwendig und geht uns alle an! Aufarbeitung, Gedanken und klare Positionen, auch zu den Vorfällen in der Polizeiwache Frankfurt (Stichwort NSU 2.0), gehören dazu. Wer Spannungen in der Einwanderungsgesellschaft verstehen will, sollte sich die Geschichten der betroffenen Menschen und Familien anhören und sie ins Herz lassen.“ In diesem Sinne will die Ausstellung „4074 Tage“ hinsehen, zuhören und im Bildungszentrum den interkulturellen Dialog zwischen Kolleginnen und Kollegen anregen: jenseits von Nationalismen, Hate-Speeches (nicht nur im Netz) oder bloßen Sonntagsreden. Mehr Infos zur Ausstellung und Bilder zur Eröffnung findet ihr unter: <https://www.igmetall-sprockhoevel.de/aktuelles/news-chronologisch/vernissage-4074-tage.html>

Europa wählt Menschenwürde

Internationale Wochen gegen Rassismus vom
11. bis 24. März 2019



STIFTUNG
für die Internationalen Wochen
GEGEN RASSISMUS

Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Europawahlen stehen die Internationalen Wochen gegen Rassismus vom 11. bis

zum 24. März 2019 unter dem Motto „Europa wählt Menschenwürde“. Ziel ist es insbesondere, den nationalistischen, rassistischen und autoritären Angriffen von rechts außen ein Europa der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte entgegenzustellen. Die Botschafterin für die Internationalen Wochen gegen Rassismus 2019 ist Muhterem Aras, deutsche Politikerin und Landtagspräsidentin von Baden-Württemberg. Die Auftaktveranstaltung wird am 11. März 2019 in Kooperation



mit der Landeshauptstadt München im Münchner Rathaus durchgeführt. Bei den UN-Wochen im März 2018 sind der Stiftung gegen Rassismus über 1.750 Veranstaltungen gemeldet worden. Weltweit gibt es zu den UN-Wochen in Deutschland die meisten Veranstaltungen. Auch in diesem Jahr werden die DGB-Gewerkschaften und die Gelbe

Hand sich wieder bundesweit mit Aktionen gegen Rassismus im Rahmen der UN-Wochen beteiligen.

Die Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus plant und koordiniert die jährlichen Wochen gegen Rassismus in Deutschland. Durch die Stiftung soll die Arbeit gegen Rassismus nachhaltig und über das ganze Jahr ausgebaut werden. Gegründet wurde die Stiftung auf Initiative von Dr. Theo Zwanziger. Weitere Ankerstifter waren der Interkulturelle Rat in Deutschland, die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, der Förderverein PRO ASYL und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB). Zum Stiftungsrat gehören die Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth als Vorsitzende, Andreas Lipsch von PRO ASYL, unser Vorsitzender Giovanni Pollice und Romani Rose vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma. Geschäftsführender Vorstand ist Dr. Jürgen Micksch, Vorstandssprecherin ist die Autorin Jagoda Marinić aus Heidelberg.

Infos zu den bundesweiten Veranstaltungen gibt es unter: <https://stiftung-gegen-rassismus.de/>

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in den letzten Wochen konnten wir neue Fördermitglieder gewinnen. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für die Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

1. **Meike Andersen**, NGG, Verwaltungsangestellte, Moorrege
2. **Herbert Comanns**, ver.di, Vorsitzender Landesfachgruppenvorstand IT / DV NRW, Kaarst
3. **Bernd Hampel**, ver.di, Mitglied des Personalrates, Nürnberg
4. **Jaana Hampel**, ver.di, Gewerkschaftssekretärin beim ver.di Bezirk Mittelfranken, Nürnberg
5. **Kathrin Jewanski**, ver.di, Gewerkschaftsbeschäftigte, Waltrop
6. **Luthfa Jungmann**, ver.di, Gewerkschaftssekretärin ver.di Hessen, Wiesbaden
7. **Sarah Kleemann**, GEW, Leiterin des Parlamentarischen Verbindungsbüro, Berlin
8. **Renè Klemmer**, GdP, stellv. Bundesvorsitzender, Bürstadt
9. **Mariane König**, ver.di, Geschäftsführung Bildungswerk der ver.di in Bayern, Hagelstadt
10. **Gerard Knorr**, GdP, Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand Bayern, Thalmassing
11. **Klaus Kreidler**, IG BCE, Betriebsratsvorsitzender FRANK plastik AG, ehrenamtliches Mitglied des IG BCE Hauptvorstandes, Waldachtal
12. **Katrin Kuhl**, GdP, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes, Wiesbaden
13. **Rolf Kügeler**, IG BCE, Betriebsrat/SBV, RWE Power AG, Inden
14. **Jan Otto**, IG Metall, 1. Bevollmächtigter Ostsachsen, Dresden
15. **Birgit Petersen**, NGG, Verwaltungsangestellte beim Hauptvorstand, Schleswig
16. **Bruno Johann Saathoff**, IG Metall, Soltau
17. **Sven Schmiech**, IG Metall, Vertrauensmann, VKL Mitglied Daimler Untertürkheim, Rutesheim
18. **Leon Schneider**, IG BCE, Köln
19. **Giovanni Suriano**, ver.di, Vorsitzender Bezirksfachbereich 9 Düssel-Rhein-Wupper, Duisburg
20. **Olaf Treutler**, ver.di, Antirassistische Busfahrer Union, Kamen
21. **Ingo Wiertz**, ver.di, stellv. Vorsitzender Landesfachgruppe IT NRW, Alfter
22. **Heinrich Wirtz**, IG BCE, Vorsitzender IG BCE-Ortsgruppe Düren, Kreuzau
23. **Gerhard Wojwod**, IG BCE, ehrenamtlicher Referent, Bottrop
24. **Tiemo Wölken**, GEW, MdEP, Osnabrück
25. **Ulrich Zeuner**, ver.di, Mitglied des BR Telekom, Vorsitzender Betriebsgruppe DT Technik Bergisch Land / Südwestfalen, Siegen
26. **Monika Zimmermann**, ver.di, Mitglied der Bundesrevision, Kaarst
27. **Thomas Zweier**, IG Metall, Mitglied VKL-Leitung VDO, Dortmund

Impressum

Herausgeber:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Vorstand: Giovanni Pollice (IG BCE), Romin Khan (ver.di), Marc Neumann (DGB), Kai Venohr (DGB-Bildungswerk), Holger Vermeer (IG BAU)

Verantwortlich für den Inhalt:

Giovanni Pollice

Koordination:

Dr. Klaudia Tietze

Redaktion:

Marco Jelic

Fotos: IG Metall, Gustav Wilden, Junge NGG Nord, Alexander Häusler

Verlag und Produktion:

Setzkasten GmbH
Kreuzbergstraße 56
40489 Düsseldorf
www.setzkasten.de
Tel.: 0211-40 800 900

Zuschriften/Kontakt:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211 - 4 30 11 93
info@gelbehand.de

Web:

www.gelbehand.de
www.facebook.de/
gelbehand

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (**Mindestbeitrag 36 € im Jahr**) als auch durch eine Spende. Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank
Giovanni Pollice, Vorsitzender